

FÄLLE

Fall 1:

Sie sind niedergelassener Rechtsanwalt. Heute erscheint in Ihrer Praxis die Ihnen aus einer Ehesache gut bekannte Mandantin F und berichtet: „Herr Rechtsanwalt mir ist etwas Blödes passiert. Wie Sie wissen wohne ich ja nach meiner Scheidung wieder bei meiner Mutter. Diese hat während meiner urlaubsbedingten Abwesenheit eine an mich gerichtete Zustellung eines gerichtlichen Schriftstücks am 04.10.2015 entgegengenommen. Nach meiner Urlaubsrückkehr hat sie zunächst vergessen, es mir auszuhändigen. Gestern, am 24. Oktober hat sie es mir gegeben. Dabei habe ich festgestellt, dass es sich um einen Vollstreckungsbescheid bezüglich einer Forderung handelt, die mein früherer Ehemann völlig unberechtigt gegen mich geltend macht. Können Sie mir wieder helfen?“

Fall 2:

Der Kläger erhebt Klage auf Zahlung von 10.000,- €. Nach Verhandlung hält das Gericht den Anspruch in Höhe von 5.000,- € für begründet. Es verurteilt sodann den Beklagten nicht wie beantragt zur Zahlung unter Abweisung der Klage im übrigen, sondern erlässt ein Zwischenfeststellungsurteil mit dem Inhalt: Es wird festgestellt, dass dem Kläger eine Forderung in Höhe von 5.000,- € zusteht. Zu Recht?

Fall 3:

Der Kläger hat einem schriftlichen Vorschlag des Gerichts zu einer gütlichen Einigung zugestimmt. Zwei Tage später stimmt auch der Beklagte zu und beantragt einen Beschluss nach § 278 Abs. 6 ZPO. Noch bevor ein entsprechender Gerichtsbeschluss ergeht, teilt der Beklagte mit Faxschreiben mit, er sei nicht mehr vergleichsbereit. Was wird das Gericht tun?

Fall 4:

Der beweispflichtige Kläger hatte im ersten Rechtszug Zeugen, der Beklagte gegenbeweislich weitere Zeugen benannt. Die Klage wird nach Vernehmung der Zeugen des Klägers abgewiesen. In der Berufung bezieht sich der Kläger nunmehr auf die vom Beklagten erstinstanzlich benannten Zeugen. Wird das Gericht die Zeugen vernehmen?

Fall 5:

Der 6jährige Stefan K. klagt vertreten durch seine Eltern gegen das Baustoffhandelsunternehmen A auf Schadensersatz und Schmerzensgeld. Der Sachvortrag des *Klägers* lautet:

„Der Fahrer X des Baustoffhandelsunternehmens A hat zum Anwesen der Eltern des Klägers Natursteine Beim Abladen der Steine mit dem auf dem LKW aufmontierten Kran erfasste der Kranausleger den hinter dem LKW spielenden Kläger und verletzte ihn schwer. Obwohl die Sichtmöglichkeit des Fahrers beschränkt war, hat er sich beim Abladen nicht einweisen lassen bzw. eines Helfers bedient.

Beweis: Zeuge Silke M., Max F., Fritz K.“

Die *Beklagte* beantragt die Klageabweisung und erwidert:

„ Der Fahrer hat sich, bevor er den Kran bediente und erneut bevor er begann, die Steine herab zu heben, soweit er sehen konnte, vergewissert, dass beim Abladen keine Gefahr für Personen oder Sachen bestand. Das Kind ist aus einem für den LKW-Fahrer nicht einsehbaren Bereich von hinten aus einer Einfahrt plötzlich in den Schwenkbereich des Kranauslegers gelaufen, sodass der Fahrer nicht mehr reagieren konnte. Bei diesem handelt es sich um einen seit zehn Jahren bei der Beklagten beschäftigten Mitarbeiter, der in dieser Zeit immer zuverlässig gearbeitet hat und dem zu keiner Zeit ein Sorgfaltsverstoß unterlaufen ist.“

Weitere Erklärungen geben die Parteien nicht ab.

Was wird das Gericht machen?

Fall 6:

Das Land Hessen nimmt die Beklagte auf Schadensersatz in Höhe von 6.000 € wegen Nichterfüllung eines im Rahmen einer Versteigerung zustande gekommenen Kaufvertrages in Anspruch. Die Beklagte hat die Zahlung des Kaufpreises von 40.000 € abgelehnt, weil sie arglistig über Mängel des Grundstücks getäuscht worden sei. Bei einem Ersatzverkauf hat das Land nur 34.000 € erzielen können.

Bei der Versteigerung, bei der die Beklagte Höchstbietende war, hatte sie sich durch die Auktionarin vertreten lassen, der sie 17 Tage vor dem Versteigerungstermin einen Auftrag zum Bieten mit einer entsprechenden privatschriftlichen Vollmacht erteilt hatte. Der Kaufvertrag selbst wurde am Tage der Versteigerung notariell beurkundet.

Das Landgericht hat nach Beweisaufnahme über die behaupteten Mängel die Klage abgewiesen. Die Klage sei unabhängig von der Anfechtung der Beklagten wegen arglistiger Täuschung nicht wirksam zustande gekommen. Der Vertrag sei nämlich nicht in der Form des § 311 b BGB abgeschlossen worden, weil auch die Vollmacht der notariellen Form bedurft habe. Welches Prozessgrundrecht ist verletzt?

Fall 7:

Die Klägerin stattete ein Bauvorhaben der Beklagten mit einem Behinderten-Treppenschrägaufzug aus. Sie verlangt Zahlung noch ausstehenden Restwerklohns.

Die Beklagte trug vor, der Fahrstuhl könne bis heute nicht benutzt werden, weil er nicht funktioniere. Bislang habe nur ein Probetrieb ermöglicht werden können.

Das Landgericht erhob Beweis über die Behauptung der Klägerin, dass der "Aufzug bis heute benutzt wird" und gab dann der Klage statt. Soweit sich die Beklagte darauf berufe, der Aufzug sei nicht betriebsfähig, sei der Vortrag unsubstantiiert und nicht zu berücksichtigen. Zu Recht?

Fall 8:

Der Modellbauer M verkauft über ebay ein gebrauchtes Modellflugzeug Twin-Star für 250 Euro an den Marburger Schüler Philip S. Er vereinbart mit diesem schriftlich, dass bei Streitigkeiten das Amtsgericht in Stuttgart, dem Wohnsitz des M, zuständig sein soll. Dort erhebt M Klage auf Zahlung des Kaufpreises, den S wegen angeblicher Mängel nicht bezahlt hat.

Im Termin zur mündlichen Verhandlung wendet S ein, das Gericht sei sachlich und örtlich unzuständig. Zutreffend?

Fall 9:

A, ein Liebhaber alter Autos, möchte sich von seinem Oldtimer Marke Hanco/Plymouth, Baujahr 1934, trennen. Er übergibt das Fahrzeug einstweilen seinem Freund und Hobbybastler F und sagt ihm, wenn er einen würdigen Käufer finde, könne er ihm das Fahrzeug verkaufen, er erhalte dann einen Anteil als Provision. Das Fahrzeug sei 15.000 € wert. F stellt den Oldtimer in der Scheune des Bauern B in Marburg ab, die er von B gemietet hat und in der er auch eine Hobby-Werkstatt betreibt. Nach einem Jahr zieht F in eine andere Stadt und löst auch unter Beendigung des Mietvertrages die Hobbywerkstatt auf. B erlaubt ihm aber, den Oldtimer des A und zwei weitere eigene Oldtimer, die sich schwer zugänglich hinter landwirtschaftlichen Geräten befinden, vorerst in der Scheune zu belassen. Ein Jahr danach benötigt B auch diesen Platz in der Scheune für seinen neuen Mähdrescher. B kann F, der inzwischen erneut umgezogen und keine Adresse hinterlassen hat, obwohl er sich intensiv bemüht, nicht ausfindig machen. Nach einem weiteren Jahr verkauft B deshalb alle Oldtimer an einen Händler H. Für den Oldtimer des A erhält er 10.000 €. Kurz danach haben die Nachforschungen des A Erfolg; er bringt in Erfahrung, dass F in Frankfurt wohnt und der Sachverhalt wird aufgeklärt. H ist zu einer Herausgabe des PKW nur gegen Zahlung von 25.000 € bereit.

Vor welchem Gericht muss A Klage erheben? Gäbe es eine Möglichkeit, zugleich F und B in einem Rechtsstreit zu verklagen?

Fall 10:

Der Kläger klagt gegen die Beklagte auf Schadensersatz wegen eines Verkehrsunfalls. In der letzten mündlichen Verhandlung wird bekannt, dass über das Vermögen des Klägers nach der Klageerhebung das Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnet worden war; inzwischen ist das Insolvenzverfahren aufgehoben. Das Gericht meint, die Klage sei nicht zulässig erhoben. Trifft das zu?

Fall 11:

Die in Zahlungsschwierigkeiten befindliche HMS-Bauträger H-GmbH tritt der Baustoffhändlerin B, damit diese sie weiter mit Baustoffen beliefert, zur Sicherung der gegenwärtigen und zukünftigen Kaufpreisforderungen, ihre Forderung auf Bezahlung des Kaufpreises von 100.000 € gegen den Erwerber X der bereits fertig gestellten Wohneinheit ab und teilt dies dem X mit. Als X bei Fälligkeit nicht zahlt, befindet sich die insolvente H-GmbH bereits in Liquidation. Gleichwohl ermächtigt B die H-GmbH, die abgetretene Forderung im eigenen Namen und auf eigene Rechnung gegen X geltend zu machen. H-GmbH erhebt Klage gegen X auf Zahlung an B. Mit Erfolg?

Fall 12:

Die Beklagte wurde durch Versäumnisurteil zur Zahlung von 100.000 € an die Klägerin verurteilt. Die vom Gericht veranlasste Zustellung an den Prozessbevollmächtigten der Beklagten schlug am 12.07.2011 fehl; an diesem Tag konnte indes dem Kläger das Urteil zugestellt werden, der den Gerichtsvollzieher mit der Zustellung des Urteils beauftragte. Diese erfolgte am 21.07.2011. Am 05.08.2011 erfolgte schließlich an die Beklagte die Zustellung von Amts wegen. Der Einspruch der Beklagten gegen das Versäumnisurteil ging am 18.08.2011 bei Gericht ein. Das Landgericht hat den Einspruch gegen das Versäumnisurteil als unzulässig verworfen; er sei verspätet, denn die Beklagte müsse sich so behandeln lassen, als sei ihr das Urteil bereits am 21.07. zugestellt worden, da die in diesem Zeitpunkt unwirksam erfolgte Zustellung im Parteibetrieb durch die spätere amtswegige Zustellung vom 05.08.2011 gem. § 189 ZPO geheilt worden sei. Trifft die Entscheidung zu?

Fall 13:

In einem dem Klageverfahren vorausgegangenem Mahnverfahren war der Beklagte als Antragsgegner falsch bezeichnet worden als „Micele Jakonov“; sein tatsächlicher Name lautete „Michele Iacono“. Der Mahnbescheid war dennoch an der Wohnanschrift Uhlandstraße 29, 10719 Berlin zugestellt worden. Auf Widerspruch war die Sache an das zuständige Landgericht abgegeben worden. Das Landgericht hatte daraufhin das Passivrubrum des Klageverfahrens auf der Seite des Beklagten bezogen auf seinen Namen berichtigt. Dagegen

richtete sich die Beschwerde des Beklagten, der der Auffassung ist, die Berichtigung sei unzulässig. Hat er Recht?

Fall 14:

K, Käufer einer zu Vermietungszwecken gekauften Wohnung, erhebt im Jahr 2011 vor dem zuständigen Landgericht gegen V Klage auf Zahlung von 40.000 €. Er begehrt eine Minderung des Kaufpreises in Höhe von 30.000 €, weil das Kaufobjekt wegen der fehlenden Vermietbarkeit der Kellerräume mangelhaft sei. Daneben begehrt er wegen eines insoweit bereits eingetretenen Mietausfalls Schadensersatz in Höhe von 10.000 €.

Als im frühen ersten Termin vom 10.05.2011 für die V trotz ordnungsgemäßer Ladung niemand erscheint, verurteilt das Landgericht V durch Versäumnisurteil antragsgemäß zur Zahlung von 40.000 €. Das Urteil wird V am 24.05.2011 zugestellt. Am 06.06.2011 geht bei Gericht ein Einspruch des prozessbevollmächtigten Rechtsanwalts der V ein. Darin wendet V ein: Die fehlende Vermietbarkeit begründe keinen Mangel, da die Räume von K jedenfalls als Sauna und Hobbyraum benutzt werden könnten. Im Übrigen sei im Vertrag „jegliche Gewährleistung für sichtbare und unsichtbare Mängel ausgeschlossen“ worden.

In der daraufhin anberaumten mündlichen Verhandlung erscheint für V erneut niemand. Der Prozessbevollmächtigte des Klägers hält aus diesem Grund den Einspruch gegen das Versäumnisurteil vom 10.05.2011 für unzulässig und beantragt den Erlass eines zweiten Versäumnisurteils.

Wie wird das Landgericht entscheiden?

Fall 15:

X vertreibt Staubsauger im Direktmarketing. Sie verkauft im Winter 2008 ihre Kaufpreisansprüche u.a. aus einem Vertrag mit dem Hausmann M an die Factoring-Firma A. M verweigert wegen angeblicher Mängel gegenüber der A die Kaufpreiszahlung.

Welches Problem stellt sich für A bei einer Klagabweisung bezogen auf X? Was sollte deshalb aus anwaltlicher Sicht der A geraten werden, damit sie im Falle einer Abweisung der Klage für einen Prozess gegen X bessere Chancen hat?

Fall 16:

A und C betrieben in Frankfurt a.M. eine ärztliche Gemeinschaftspraxis. Wegen Unregelmäßigkeiten bei der Honorarabrechnung kündigt A gegenüber dem C das Vertragsverhältnis fristlos und erteilt ihm Hausverbot. Gegenüber der Hausbank widerruft er die Kontoverfüllungsvollmacht des C unter Verweis auf die Vertragskündigung wegen Unregelmäßigkeiten bei der Honorarabrechnung. C erwirkt als Antragsteller am 28.11.2012 beim Amtsgericht Frankfurt a. M. eine einstweilige Verfügung, durch die dem Mandanten A aufgegeben worden ist,

1. gegenüber der Bank zu widerrufen, es sei zu Unregelmäßigkeiten seitens des Antragstellers bei der Honorarabrechnung gekommen,
2. an den Antragsteller ein bestimmtes Notebook herauszugeben.

Der Mandant will das zuvor nach Bedarf gemeinsam genutzte Notebook nicht herausgeben zum einen im Hinblick auf mögliche eigene Schadensersatzansprüche, zum anderen weil er meint, es gehöre ihm; für einen Widerruf der Mitteilung an die Hausbank sieht er keine Veranlassung, weil diese wahr sei. A will wissen, ob er sich mit Erfolg gegen die einstweilige Verfügung zur Wehr setzen kann.

Fall 17:

Der a-GmbH steht aus einem Vertrag zur schlüsselfertigen Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit den Eheleuten E ein Werklohn von 350.000 Euro zu. Die Eheleute verweigern wegen angeblicher Mängel Abnahme und Bezahlung. Die a-GmbH möchte, dass eine mögliche Werklohnforderung gegen E aus dem Werkvertrag möglichst schnell, notfalls auch gegen den Willen der E gesichert wird. Welche Möglichkeiten stünden zur Verfügung?

Fall 18:

Sinologiestudent S hat die Semesterferien verlängert und weitere 4 Monate in Tibet verbracht. Während dieser Zeit hat er die Miete für seine Wohnung nicht gezahlt. In Marburg zurückgekehrt findet er seine Wohnung verschlossen vor. Die Vermieterin erklärt ihm, sie habe nach dem dritten Monat das Mietverhältnis fristlos gekündigt; seine Sachen seien in den Keller geräumt, die könne er mitnehmen, in die Wohnung komme er nicht mehr. S ist empört. Zu Recht? Kann er etwas unternehmen?

Fall 19:

Mieter M hat gegen seinen Vermieter, der ihm den Strom abgestellt hatte, einen Titel erstritten mit folgendem Inhalt: „V wird verurteilt, die Wohnung des M in ... die Strom- und Gasversorgung ... unverzüglich wiederherzustellen und den M von Kostenforderungen der Stadtwerke für die Zeit von ... bis ... in Höhe von 1000 Euro freizustellen. Darüber hinaus ist V verpflichtet, M von zukünftigen Kostenforderungen wegen der Energieversorgung freizustellen.“ Ist der Titel vollstreckbar?

Fall 20:

Der Beklagte wird verurteilt

„es zu unterlassen, seinen PKW gegenüber der Grundstücksausfahrt des Klägers, Marbacherweg 34, 35041 MR abzustellen“.

Aus den Urteilsgründen ergibt sich, dass der Kläger nicht behindert werden darf, vorwärts und rückwärts ohne notwendiges Rangieren aus seiner Garagensausfahrt auf die Straße aufzufahren. Ist der Titel ausreichend bestimmt?

Fall 21:

Im Wege der einstweiligen Verfügung war der Schuldnerin aufgegeben worden, „das Ladenlokal im 1. Obergeschoss des Herkules Centers in der Bahnhofstraße 19, 35576 Wetzlar, Ladenlokal Nr. 100 118 – ... – während der üblichen Ladenöffnungszeiten... bis zum Ablauf des 31.12.2005 geöffnet zu halten und zu betreiben.“

Nach Vertrag schuldete das den Markt betreibende Unternehmen ein Vollsortiment; der Vermieter will jetzt aus dem Titel gegen das Unternehmen vorgehen, weil eine Backwaren- und eine Obst/Gemüseabteilung fehlt. Zu Recht ?

Fall 22:

Titel auf Herausgabe eines Sparkassenbuchs. An wen wendet sich der Gläubiger wegen der Vollstreckung?

Fall 23:

Zahlung von 2.000,- €. Nach dem Wissen des Gläubigers verfügt der Schuldner über ein Sparkassenbuch über 10.000,- €. Kann G gegen das Sparkassenbuch vollstrecken? Wie erfolgt die Vollstreckung?

Fall 24:

Der Gerichtsvollzieher hat bei dem Abtransport einer gepfändeten Statur Schäden verursacht; die Wiederherstellungskosten betragen 5.000 €. Diesen Schaden möchte S von G, GV oder dem Staat ersetzt verlangen. Wen muss er verklagen? Wo?

Fall 25:

Der Händler K ist zur Lieferung eines ganz bestimmten Kettenbaggers an den Gläubiger G in Marburg verurteilt worden. G überlegt, wer für die Vollstreckung zuständig ist.

Abwandlung: Der Titel lautet auf Herausgabe einer bestimmten Montagehalle und Aufbau an einem bestimmten Ort.

Fall 26:

Die Witwe W schuldet Auskunft über die Kontobewegungen auf dem früheren gemeinschaftlichen Ehekonto in den drei Jahren vor dem Tod ihres Ehemannes. Sie erfüllt diese Verpflichtung unter Hinweis darauf nicht, die Bank verlange von ihr Erstattung der Kopiekosten für die Kontoauszüge. Zu Recht?

Fall 27:

G hat gegen S einen Titel erstritten, wonach dieser es zu unterlassen hat, seine Apotheke unter der Bezeichnung Universitätsapotheke zu betreiben. Kann G die

Entfernung eines entsprechenden im Schaufenster hängenden Schildes erzwingen?

Fall 28:

Der Taxiunternehmer T kauft bei dem Autohaus M zu beruflichen Zwecken einen gebrauchten Mercedes C-Klasse für 20.000 € und finanziert den Kauf durch ein Darlehen über 15.000 € bei der Y-Bank. Zur Sicherheit wird der Y der PKW übereignet; das Darlehen soll in monatlichen Raten zurückgezahlt werden. T unterwirft sich gegenüber Y in einer notariellen Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein gesamtes Vermögen, sollte er mit einer Monatsrate in Rückstand kommen. Vereinbarungsgemäß soll der Y jederzeit eine vollstreckbare Urkunde ausgestellt werden können. T zahlt eine Monatsrate nicht; auf Verlangen der Y erteilt ihr der Notar eine vollstreckbare Ausfertigung. Der Gerichtsvollzieher pfändet nach Aushändigung einer Ausfertigung der Urkunde den PKW im Betrieb des T. T ist empört. Ist die Pfändung rechtmäßig?

Fall 29:

Am 02.12.2013 verkauft A an B durch notariellen Kaufvertrag ein bestimmtes Grundstück. Am 30.05.2015 verkauft B notariell beurkundet dieses Grundstück auf Vermittlung der Maklerin M an die Eheleute E weiter, obwohl sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Grundbuch als Eigentümerin eingetragen war. Der Vertrag B/E enthält folgende Regelungen:

-- Kaufpreis 250.000,- € zahlbar bis 16.08.2015 nicht jedoch vor Ablauf dreier Tage nach schriftlicher Bestätigung des Notars über den Antrag auf Eintragung der B ins Grundbuch.

-- Sowohl E wie auch B verpflichten sich, an die Maklerin M jeweils 3 % des Kaufpreises zuzüglich Mehrwertsteuer zu zahlen. Hinsichtlich dieses Provisionsanspruchs unterwerfen sich E und B der sofortigen Zwangsvollstreckung.

Am 01.12.2015 macht M gegenüber E unter Bezugnahme auf diese vertragliche Regelung einen Provisionsanspruch geltend. E sind empört, weil sie von B bislang kein Eigentum am Grundstück übertragen bekommen haben; B ist dazu nicht mehr in der Lage, weil sie ihrerseits den Kaufpreis für A nicht aufbringen konnte und den Kaufvertrag mit A privatschriftlich einverständlich aufgehoben hat. E bitten um Beratung, ob sie sich gegen die drohende Vollstreckung zur Wehr setzen sollen.

Fall 30:

B und ein Bevollmächtigter der V haben den Kaufvertrag in notarieller Form am 31.12.2014 vor dem Notar N geschlossen worden. Der Vertrag enthält in § 3 folgende Regelung: „Der Kaufpreis in Höhe von 100.000 € ist am 01.03.2015 fällig. Der Käufer unterwirft sich wegen dieser Kaufpreisforderung der sofortigen Zwangsvollstreckung in sein ganzes Vermögen.“

Obwohl B den Vertrag in der Folgezeit wegen arglistiger Täuschung angefochten hat, kündigt die V im Juli 2015 an, den Kaufpreis zwangsweise beizutreiben.

Wie kann sich B zur Wehr setzen?

Fall 31:

Der Beklagte betreibt aus einem mit Urteil titulierten Zahlungsanspruch die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner R. Er hat durch den GV bei R einen bestimmten PKW sowie einen bestimmten PC nebst Drucker gepfändet. Der Kläger behauptet, er sei Eigentümer der Gegenstände. Den PKW habe er von R für 40.000,- € am Vortag der Pfändung gekauft. Das Fahrzeug sei zwar noch auf dem Grundstück des R verblieben, der Kläger habe das Fahrzeug jedoch jederzeit wegfahren können. Der gepfändete PC nebst Drucker sei dem Kläger von R bereits vor 6 Monaten sicherungsübereignet zur Sicherung einer Handwerkerrechnung über 4.000,- €. Da der Schuldner den PC jedoch für die Buchführung noch benötigt habe, sei vereinbart worden, den PC zunächst noch in den Geschäftsräumen des R zu belassen. Am 31.07.2014 habe der Kläger von der Pfändung erfahren. Mit Schreiben vom 05.08. habe er den Prozessbevollmächtigten des Beklagten vergeblich zur Freigabe der Gegenstände aufgefordert. Wird die Klage Erfolg haben?

HINWEIS:

WEITERE FÄLLE FINDEN SIE nicht nur in den einschlägigen Lehrgängen/Repetitorien, sondern auch beispielweise bei: ASSMANN, FÄLLE ZUM ZIVILPROZESSRECHT.